

ZWISCHEN VERGELTUNG UND VERTEIDIGUNG: MITTELEUROPA ALS SCHLACHTFELD*

Von Hans Rattinger

Abschreckung – Verteidigung – Vergeltung

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, zwei neuere Ansätze innerhalb der Strategiediskussion im angelsächsischen Sprachraum darzustellen und kritisch zu durchleuchten. Um diese beiden Konzeptionen innerhalb der Auseinandersetzungen um die Strategie des nordatlantischen Bündnisses verorten zu können, wird zunächst abstrakt auf die Entwicklung der Abschreckungsdoktrinen von der Abschreckung durch die Androhung von Vergeltung bis hin zur Abschreckung durch die Verweigerung von Erfolgsaussichten einer Aggression eingegangen. In diesem analytischen Rahmen werden anschließend die beiden strategischen Entwürfe als die konsequente Fortsetzung einer Entwicklung charakterisiert, die mit dem Aufstieg der sowjetischen strategischen Atommacht ihren Anfang genommen hat. Der Darstellung folgt eine Übersicht über einige der wichtigsten politischen Implikationen der angeregten strategischen Neuorientierung der NATO. Im Vordergrund stehen dabei die zu erwartenden Widerstände von seiten der westeuropäischen Bündnispartner und die möglicherweise gravierenden Auswirkungen auf die Chancen, zu Vereinbarungen über beiderseitige Abrüstung in Europa zu gelangen.

Die gesellschaftliche Isolierung der Bundeswehr¹ und das offiziell zur Schau getragene Vertrauen in die Abschreckung von Angriffen des Warschauer Pakts durch die Atlantische Allianz haben der westdeutschen Öffentlichkeit ermöglicht, die Vorstellung eines auf deutschem Boden stattfindenden Krieges weitgehend zu verdrängen². Das Zutrauen in die Wirksamkeit des amerikanischen Atomschirms läßt als

* Der vorliegende Beitrag wurde angeregt durch die Teilnahme an einem workshop über die Umstrukturierung der NATO-Verteidigung in Europa, organisiert vom Program for Science and International Affairs der Harvard University, mit Colin Gray und Steven Canby als Hauptreferenten. Die Darstellung beschränkt sich bewußt auf den politischen Aspekt einer Strategiediskussion, die m. W. auf dieser Seite des Atlantik bislang kaum zur Kenntnis genommen wurde. Bei der wiederholten Überarbeitung haben mich mehrere Kollegen vom Program for Science and International Affairs und vom Center for International Affairs durch ausführliche Diskussionen unterstützt. Ihnen allen, besonders jedoch Greg Flynn und Anders Sandström, möchte ich herzlich danken.

1 Vgl. E. Lippert/K. Puzicha, »Die Bundeswehr als Objekt von Meinungen und Einstellungen« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 37, 1975, S. 13–37. Wenn die Autoren allerdings feststellen, die weitverbreitete Aversion gegenüber der Bundeswehr sei inzwischen in eine überwiegend positive Haltung umgeschlagen, dann ist zu fragen, ob sie nicht Indifferenz der Befragten mit Zustimmung verwechseln.

2 Vgl. M. Wörner, »Bleibt unsere Verteidigung glaubwürdig?« in: *Das Parlament*, 37, 1975, S. 12.

irreal erscheinen, daß ein Dritter Weltkrieg seinen Anfang in Mitteleuropa nehmen sollte, sind doch die zentralen Spannungsgebiete der Welt nicht mehr die gleichen wie in den fünfziger und den frühen sechziger Jahren. Die zentrale Vokabel der Ost-West-Beziehungen ist »Entspannung«. Der Zusammenhang von Außenpolitik und Sicherheitspolitik verliert dadurch zwangsläufig an Gewicht. So scheint es selbstverständlich, Kalkulationen darüber, was geschehen soll, wenn trotz Entspannung die Abschreckung fehlschlägt, den professionellen Militärs zu überlassen. *Kriegsverhütung* durch militärische Abschreckung als Grundlage politischer Entspannung ist die politische Devise, die sich in der öffentlichen Diskussion niederschlägt. Die Möglichkeiten der *Kriegführung* in Mitteleuropa im schlimmsten aller denkbaren Fälle sind aus dem Bereich breiterer Aufmerksamkeit verbannt und den Spezialisten vorbehalten. Einige Beobachter meinen gar, auch in den Streitkräften selbst eine mangelnde Ausrichtung auf den Ernstfall feststellen zu können, die symptomatisch sei »für eine »Friedensarmee«, die zu vergessen beginnt, daß der Ernstfall um so sicherer vermieden werden kann, je besser man ihn bestehen könnte«³. Die Selbstbeschränkung der politischen Debatte auf Abschreckung von Angriffen unter Vernachlässigung der Chancen wirksamer Verteidigung ist vor dem Hintergrund der neueren deutschen Geschichte nur zu verständlich, sie wird aber der Komplexität einer zeitgerechten Strategie der Abschreckung nicht gerecht. Ein kurzer Blick auf die Abschreckungsdoktrinen, mit denen die NATO seit ihrer Gründung versucht hat, Aggressionen des Warschauer Pakts zu verhindern, kann verdeutlichen, warum das Problem der Abschreckung schon lange nicht mehr isoliert von dem der Fähigkeit zur Verteidigung gesehen werden kann⁴.

In den fünfziger Jahren lag das Schwergewicht der Abschreckung auf dem strategischen Monopol der Vereinigten Staaten, sowohl was nukleare Sprengköpfe als auch die erforderlichen Trägersysteme angeht. Die Abschreckungsdoktrin der »massive retaliation« gegen Übergriffe der Sowjetunion oder ihrer Verbündeten auf die USA oder deren Verbündete beruhte auf der Androhung unakzeptabler Sanktionen durch atomare Vergeltungsschläge⁵. Klassifiziert man mit Snyder Abschreckungsdrohungen nach dem für den Fall unerwünschter Aktionen der Gegenseite angekündigten Verhalten, dann handelt es sich bei »massive retaliation« um einen prototypischen Fall von »deterrence by punishment«⁶. In der Anwendung zum Schutz der europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten wurde diese Strategie der Strafandrohung in den fünfziger und sechziger Jahren zunehmend problematisch, da die atomare Ausrüstung der Sowjetunion ihr die unerläßliche Glaubwürdigkeit raubte. Zwar fehlte den USA nicht die Fähigkeit, ihre Drohung wahr zu machen, aber es war realistisch

3 M. Wörner, aaO.

4 Als Standardwerk zum Verhältnis von Abschreckung und Verteidigung muß wohl noch immer G. H. Snyder, *Deterrence and Defense: Toward a Theory of National Security*, Princeton, N. J. 1961, angesehen werden.

5 Zur Doktrin der »massive retaliation« vgl. A. W. Buzzard, »Massive Retaliation and Graduated Deterrence« in: *World Politics*, 8, 1956, S. 228–237; B. Brodie, *Strategy in the Missile Age*, Princeton, N. J. 1959, S. 248–263; W. W. Kaufmann, »The Requirements of Deterrence« in: W. W. Kaufmann (H.), *Military Policy and National Security*, Princeton, N. J. 1956, S. 12–38.

6 Vgl. G. H. Snyder, *Deterrence by Denial and Punishment* (Princeton University Center of International Studies, Research Monograph No. 1), Princeton, N. J. 1959.

anzunehmen, daß sie dies ohne ernste Gefahr für das amerikanische Festland selbst nicht automatisch tun würden⁷.

Es ist dabei die unlösliche Verbindung zwischen der Stabilität der strategischen Abschreckung und der Glaubwürdigkeit von massiver Vergeltung im europäischen Kontext hervorzuheben. Die nukleare Überlegenheit der USA erlaubte es zwar, die konventionelle Unterlegenheit der NATO zu kompensieren, mußte aber in bezug auf die strategische Konfrontation als überaus gefährlich angesehen werden. Der Versuchung der Vereinigten Staaten, den Aufbau des sowjetischen Kernwaffenpotentials im Keim zu ersticken, stand auf seiten der Sowjetunion die Notwendigkeit gegenüber, einem derartigen präventiven Schlag gegebenenfalls selbst mit ihrem beschränkten und verletzlichen Arsenal zuvorkommen zu müssen. Der Erwerb der Fähigkeit zum zweiten Schlag durch die Sowjetunion führte zu einer im Interesse des Friedens wünschenswerten Stabilisierung der strategischen Konfrontation der Supermächte, da jede Seite die jeweils andere durch die Androhung unakzeptabler Strafe von einem ersten Schlag abschrecken konnte. Gleichzeitig begründete diese Entwicklung aber die Fragwürdigkeit der Doktrin von der »massive retaliation«, also der Abschreckung durch Strafandrohung, auf dem europäischen Schauplatz der Ost-West-Konfrontation. Ex-ante-Drohung und ex-post-Strategie für den Fall eines Angriffs des Warschauer Pakts in Europa fielen mithin spätestens seit Beginn der sechziger Jahre auseinander. Wenn die Sowjetunion darauf verzichtete, den amerikanischen Bluff als solchen zu entlarven, lag das an der jeder Drohung inhärenten Unsicherheit oder daran, daß sie den Status quo seiner – noch dazu riskanten – Veränderung vorzog⁸.

Um die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsdrohungen der NATO wiederherzustellen, mußten Abschreckungsdrohung und ex-post-Strategie wieder zur Deckung gebracht werden. Es mußte eine Abschreckungsdoktrin angenommen werden, die beim Scheitern der Abschreckung in Aktion umzusetzen die NATO sowohl fähig als auch glaubhaft entschlossen war. Zu Beginn der sechziger Jahre setzte sich die Strategie der »flexible response« in den Vereinigten Staaten als Lösung durch⁹. Gegen heftigen Widerstand vor allem der Bundesrepublik wurde sie 1967 als offizielle NATO-Doktrin akzeptiert. Sie kündigte nicht monströse Strafexpeditionen an, sondern abgestuften Widerstand, der je nach den Umständen eskalieren und dem Aggressor jeden Gewinn aus seiner Aggression verweigern würde. Der zentrale Punkt dieser bis heute offiziell gültigen Strategie ist die deklarierte Absicht, jedem Aggressor, der sich nicht abschrecken läßt, mit angemessenen militärischen Mitteln das Erreichen seiner Ziele zu verwehren, was die Fähigkeit voraussetzt, auf jeder Eskalationsstufe erfolgreich Krieg zu führen, ohne sofort ein atomares Chaos herbeizuführen. Nach Snyders Klassifikation ist die Drohung mit angemessenen Gegenmaß-

7 Zur Glaubwürdigkeit von Drohungen als dem »zweiten Standbein« der Abschreckung – neben der Fähigkeit, die Drohung auch auszuführen – vgl. T. W. Milburn, »What Constitutes Effective Deterrence?« in: *Journal of Conflict Resolution*, 3, 1959, S. 138–145.

8 Vgl. dazu R. Rosecrance, *Strategic Deterrence Reconsidered* (Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper No. 116), London 1975, S. 23–26, der argumentiert, daß die Sowjetunion durch eine Kombination von strategischen und politischen Faktoren von einer Aggression in Europa abgeschreckt worden sei.

9 Die Diskussion um flexible Abschreckungsstrategien in den Vereinigten Staaten ist so alt wie die Doktrin von der »massive retaliation« selbst. Vgl. dazu W. W. Kaufmann, aaO., S. 29–35, sowie P. H. Backus, »Finite Deterrence, Controlled Retaliation« in: *United States Naval Institute Proceedings*, 85, 1959, S. 23–29.

nahmen ein Fall von »deterrence by denial«: Dem Aggressor wird in Aussicht gestellt, daß er durch das jeweils erforderliche Ausmaß an Gewaltanwendung daran gehindert werden wird, seine Ziele zu erreichen, falls er sich durch diese Drohung allein nicht von einer Aggression abhalten läßt¹⁰. Zu der unerläßlichen konventionellen Schlagkraft der NATO steuerte die Bundesrepublik seinerzeit die Steigerung der Sollstärke der Bundeswehr von 350 000 auf 500 000 Mann und die Verlängerung der Wehrpflicht von 12 auf 18 Monate bei.

Da die erklärte Absicht der flexiblen Abschreckungsstrategie lautet, die Schwelle zum Einsatz von Kernwaffen möglichst hoch zu halten, setzt sie Entschlossenheit und Fähigkeit auf seiten der NATO voraus, einen konventionellen Verteidigungskrieg mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg zu führen. In der spezifischen Lage der Bundesrepublik brachte die Annahme der Doktrin von der »flexible response« das Dilemma mit sich, daß dadurch das durch die Abschreckungsdrohung zu schützende deutsche Territorium zum potentiellen Hauptkriegsschauplatz wurde, das im Kriegsfall die Hauptlast der Zerstörung und der zivilen Verluste zu tragen haben würde. Die sicherheitspolitische Debatte in der westdeutschen Öffentlichkeit und die deutsche Opposition gegen »flexible response« läßt sich als ein kontinuierlicher Versuch auffassen, diesem Dilemma zu entgehen. Die Unwilligkeit, sich bewußt auf einen großen konventionellen Krieg in Mitteleuropa einzustellen, paarte sich dabei mit Zweifeln an der Fähigkeit der NATO zur erfolgreichen konventionellen Vorverteidigung¹¹. Die Strategiediskussion, soweit sie in der Bundesrepublik überhaupt stattfand, stellte sich deshalb ebenso wie die Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr nie völlig von »Abschreckung durch Strafandrohung« auf »Abschreckung durch Verweigerung« um, sondern suchte Elemente beider zu verbinden¹². Zum militärischen Vehikel der Strafandrohung wurde die Eskalation in den Bereich des atomaren Potentials der Vereinigten Staaten, das durch den Stolperdraht der US-Truppen in Europa als an das konventionelle Geschehen gekoppelt gesehen wurde¹³. Die vormalige »Gewißheit« des strategischen Gegenschlags wurde also durch die Möglichkeit der Eskalation über den taktischen Kernwaffeneinsatz bis hin zur allgemeinen nuklearen Reaktion ersetzt¹⁴.

Folgt man den Weißbüchern der Bundesregierung, dann ist genau diese Kombination von Vorverteidigung mit Relikten der alten Vergeltungsstrategie in der Lage, trotz der konventionellen Unterlegenheit der NATO eine Aggression des Warschauer Pakts in Mitteleuropa zu verhindern. Die zentralen Schwächen dieser Auffassung liegen in dem derzeitigen Kräfteverhältnis im konventionellen Bereich und der gerin-

10 Vgl. G. H. Snyder, *Deterrence by Denial and Punishment*.

11 Man beachte die Einschätzung des damaligen amerikanischen Verteidigungsministers zur Wahrscheinlichkeit erfolgreicher konventioneller Vorverteidigung: »As matters now stand... the probability of a successful forward defense by conventional means only is lower than I consider prudent«, US-Secretary of Defense James Schlesinger, *Annual Defense Department Report Fiscal Year 1975*, Washington, D. C. 1974, S. 38.

12 A. J. Goodpaster, *NATO Strategy and Requirements, 1975-85* (Tagungspapier für den Harvard workshop European Defence Collaboration, 25.-26. April 1975), S. 18.

13 Vgl. die typisch deutsche Perspektive von W. Heisenberg, *The Alliance and Europe, Part 1: Crisis Stability in Europe and Theatre Nuclear Weapons* (Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper No. 96), London 1973, S. 7: »... the deterrent function of TNW (Tactical Nuclear Weapons, H. R.)... lies in their ability to make the link between regional and strategic conflict more credible.«

14 *Weißbuch 1973/1974 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr*, Bonn 1974, S. 16.

gen Tiefe des Verteidigungsbereichs in Westeuropa. Da der frühzeitige Einsatz taktischer Kernwaffen aus politischen Gründen derzeit ausgeschlossen wird, wäre ihr Gebrauch erst dann aktuell, wenn die Aussichtslosigkeit einer konventionellen Abwehr durch die NATO halbwegs feststünde. Genau dann aber wären taktische Atomschläge aus zweierlei Gründen überaus riskant. Zum einen zerstörten sie auch die zu verteidigenden Werte in Westeuropa, besonders der Bundesrepublik, zum anderen rückten sie eine strategische Konfrontation näher, ohne angesichts der sowjetischen taktischen Atomrüstung verlorenes Terrain zurückgewinnen zu können¹⁵. Es ist nicht gewiß, aber doch immerhin möglich, daß die Vereinigten Staaten Westeuropa in einer derartigen Situation abschreiben würden. Diese Unsicherheit über Art und Umfang der von der NATO im Ernstfall zu erwartenden Eskalation kann einerseits als Beitrag zur Abschreckung interpretiert werden, verunsichert aber gleichfalls die europäischen NATO-Partner und belastet ihre Beziehungen zu den USA¹⁶.

Um als Abschreckungsdrohung glaubwürdig und im Ernstfall ohne Unsicherheiten anwendbar zu sein, setzt die Eskalationsleiter mithin die Fähigkeit der NATO voraus, durch konventionelle Verteidigung dem Warschauer Pakt ein zeitweiliges Patt aufzwingen zu können. Diese Fähigkeit würde aber die Bedeutung von Eskalation als Abschreckungsinstrument relativieren: Nicht die Aussicht auf Eskalation, sondern auf ein konventionelles Patt würde dann den Osten abschrecken. Den taktischen Kernwaffen der USA würde nur noch die Rolle zukommen, die Sowjetunion von dem Versuch abzuschrecken, das konventionelle Patt durch den Einsatz ihres taktischen Atomarsenals zu überwinden. Eine erste mögliche und logische Konsequenz aus den Unstimmigkeiten des gegenwärtigen Abschreckungskonzepts der NATO ist also die Forderung nach konventioneller Parität zwischen NATO und Warschauer Pakt. Ganz im Sinne von »flexible response« würde nicht mehr durch ungewisse Eskalationsoptionen und die Androhung von unakzeptablen Strafen abgeschreckt werden, sondern durch die Verweigerung von Erfolgsaussichten auf jeder vom Gegner gewählten Eskalationsstufe.

Nun wäre aber der Erwerb konventioneller Parität mit dem Warschauer Pakt durch die NATO eine politische, militärische, ökonomische und psychologische Kraftanstrengung ersten Ranges, und man könnte erhebliche Zweifel an der Bereitschaft der meisten NATO-Staaten zu einer derartigen Kraftanstrengung anmelden. Konventionelle Parität ist jedoch nicht das einzige Mittel, um die Hoffnungen eines potentiellen Aggressors auf erfolgreiche Übergriffe zunichte zu machen. Diese Abschreckungsfunktion könnte vielmehr auch durch eine Neudefinition der NATO-Doktrin über den Einsatz taktischer Atomwaffen erfüllt werden. Wegen der Unterlegenheit der NATO im konventionellen Bereich müßte eine derartige Doktrin den bewußt inflexiblen und möglichst frühzeitigen, grenznahen und massiven Einsatz taktischer Atomwaffen gegen einen Angriff aus dem Osten vorsehen, gleichgültig ob dieser Angriff ausschließlich konventionell vorgetragen würde oder nicht. Der War-

15 Entsprechend vage sind auch die Vorstellungen des Weißbuchs 1973/1974, S. 16 f., 191 f., über Zeitpunkt und Art der Eskalation und über die Rolle, die das taktische Kernwaffenarsenal der Vereinigten Staaten dabei spielen soll.

16 Mit Schelling könnte man die Eskalationsdrohung der NATO als »threat that leaves something to chance« bezeichnen; vgl. T. C. Schelling, *The Strategy of Conflict*, Cambridge, Mass. 1963, Kap. 8. Von den durch eine derartige Drohung für eine Allianz entstehenden inneren Problemen lenkt das Weißbuch 1973/1974, S. 16, nur oberflächlich ab, wenn es als höchste strategische Tugend darstellt, den möglichen Gegner – und damit doch auch sich selbst! – »über unsere Reaktion im unklaren zu lassen«.

schauer Pakt stünde damit vor der Wahl, von der ersten Minute an einen atomaren Krieg in Mitteleuropa mit allen seinen verheerenden Folgen für die beteiligten militärischen Verbände und die Zivilbevölkerung in ihren Aufmarschgebieten zu entfesseln, ohne seine Kriegsziele dadurch erreichen zu können, oder aber seine aggressiven Intentionen aufzugeben.

Solange die europäischen NATO-Staaten und besonders die Bundesrepublik sich vom Warschauer Pakt bedroht fühlen, steht und fällt die Wirksamkeit der Abschreckung im europäischen Kontext – und damit die Sicherheit der Bundesrepublik – mit dem Willen und der Kampfkraft der NATO, einem Aggressor seine Ziele zu verwehren. Die Verdrängung dieser Erkenntnis ist dafür verantwortlich, daß in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit eine sinnvolle sicherheitspolitische Diskussion über die militärischen, gesellschaftlichen und psychologischen Voraussetzungen der flexiblen Abschreckungsstrategie kaum stattfindet. Deshalb verdienen zwei neuere Entwürfe auch hierzulande Beachtung, die sich explizit dem Problem der militärischen Voraussetzungen einer glaubhaften Verteidigungsstrategie der NATO in Mitteleuropa widmen und dabei auf die beiden oben skizzierten Lösungsmöglichkeiten für das europäische Abschreckungs- und Sicherheitsdilemma zurückgreifen, nämlich auf die Betonung konventioneller Parität einerseits und taktisch atomarer Rüstung andererseits.

Ihre Übereinstimmung beschränkt sich auf die Feststellung, daß die NATO mit der gegenwärtigen Konfiguration von Streitkräften, Ausrüstung, Logistik und Doktrin nicht in der Lage sei, einen großangelegten Angriff des Warschauer Pakts zum Halten zu bringen oder gar zurückzuschlagen¹⁷. Der Warschauer Pakt würde seine Kriegsziele realisiert haben, bevor das langfristige Potential der NATO zum Tragen gebracht werden könnte. Mit seinen überlegenen gepanzerten Verbänden würde der Warschauer Pakt die Bundesrepublik und, je nach Belieben, auch noch die Benelux-Staaten in Blitzkriegsmanier überrollen, bevor die flexible Eskalationsleiter der NATO-Abschreckungsdoktrin überhaupt wirksam werden könnte, die eine Kriegsdauer von mehr als nur ein paar Tagen voraussetzt¹⁸. Das taktische Kernwaffenpotential der NATO – soweit nicht zerstört oder in der Hand des Angreifers – würde dann allenfalls in Verzweiflung auf westdeutschem Boden eingesetzt, und die zu verteidigenden Werte würden erst recht zerstört. Drohungen der Vereinigten Staaten mit ihrem strategischen Arsenal wären bei begrenzten Kriegszielen des Warschauer Pakts wirkungslos und irrational, da die Sowjetunion sie durch ihr eigenes atomares Potential neutralisieren könnte¹⁹.

Die Konsequenzen, welche die beiden im folgenden vorzustellenden Studien aus dieser düsteren Analyse ziehen, könnten nicht gegensätzlicher sein, obwohl es in beiden darum geht, der NATO die Fähigkeit zur erfolgreichen Verteidigung in

17 Vgl. dazu den Kräftevergleich zwischen NATO und Warschauer Pakt in: International Institute for Strategic Studies, *The Military Balance 1975–1976*, London 1975, S. 95–102.

18 Diese pessimistische Einschätzung der Verteidigungsfähigkeit der NATO wurde in den Vereinigten Staaten neuerdings wieder popularisiert durch D. Middleton, *Can America Win The Next War?*, New York 1974.

19 Zur öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten über einen amerikanischen Atomwaffeneinsatz zum Schutz europäischer Verbündeter vgl. C. F. Doran, »A Theory of Bounded Deterrence« in: *Journal of Conflict Resolution*, 17, 1973, S. 243–269, sowie A. H. Cantril, C. W. Roll, *Hopes and Fears of the American People*, New York 1971, S. 44–51.

Mitteleuropa zu sichern, falls sich der Warschauer Pakt nicht abschrecken läßt, und dadurch die Chancen wirksamer Abschreckung zu steigern. Es ist hier nicht der Ort, um die Korrektheit der Analyse des gegenwärtigen Zustandes zu überprüfen. Es sollen vielmehr nur die beiden Konzeptionen zur Verteidigung Westeuropas vorgeführt und ihre politischen Implikationen herausgestellt werden. Beachtenswert erscheinen sie vor allem wegen ihrer bewußten Betonung der Kapazität, einen Krieg tatsächlich erfolgreich zu führen, und ihrer mehr oder weniger starken Abweichung von konventionellen Ansätzen zur Lösung der Sicherheitsproblematik in Mitteleuropa.

Verteidigungsstrategien für die nordatlantische Allianz

Steven Canby legt in seinem vom International Institute for Strategic Studies in London veröffentlichten *Adelphi Paper* das Hauptgewicht auf die konventionelle Verteidigung Westeuropas²⁰. Seine Anregungen, zunächst explizit nur für die US-Truppen in der Bundesrepublik formuliert, hat er inzwischen sinngemäß auf die Streitkräfte der europäischen NATO-Partner, vor allem also auf die Bundeswehr, übertragen. Canbys Thesen lauten:

1. Konventionelle Verteidigung Westeuropas ist möglich, wenn Streitkräfte und Doktrin dieser Aufgabe angepaßt werden.

2. Die NATO darf sich angesichts der Blitzkriegsstrategie des Warschauer Pakts nicht auf einen langen konventionellen Krieg mit entsprechenden Vorwarn- und Mobilisierungszeiten einstellen.

3. Da im Fall eines Angriffs konventionelle Schlagkraft sofort und in hohem Umfang verfügbar sein muß, sollte der Anteil der Kampftruppen an den NATO-Verbänden beträchtlich erhöht werden. Dies kann durch Vereinfachung und Zentralisierung der Logistik und den Rückgriff auf vorhandene Infrastruktur erreicht werden. Der Ausbau des logistischen Apparats könnte erforderlichenfalls im Rahmen der Mobilisierung erfolgen.

4. Die Heeresverbände der NATO in Mitteleuropa sollten nach Ausrüstung und Stationierung vor allem auf zwei Aufgaben eingestellt werden. Anstatt jeweils größere Frontlinien durch die gegenwärtigen Mehrzweckdivisionen zu schützen, sollten auf Panzerabwehr und das Halten von Terrain spezialisierte kleinere Einheiten in tiefer schachbrettartiger Staffelung die Aufgabe übernehmen, einen Vorstoß des Warschauer Pakts abzubremsen. Durchgebrochene Einheiten des Gegners sollten von in zweiter Linie stationierten Panzerverbänden im Gegenstoß zerschlagen werden.

5. Die Verbindung des Kaderprinzips mit der vorgeschlagenen Konzentration der Logistik würde zu einer deutlichen Steigerung der Kampfkraft führen. Für die Bundeswehr beispielsweise regt Canby an, die gegenwärtigen 12 Divisionen des Heeres in 25 Divisionen zu je 20 000 Mann bei konstanter Gesamtstärke umzustrukturieren. Davon könnten etwa 7 Divisionen 100 %, 8 Divisionen 50 % und 10 Divisionen 25 % ihrer Sollstärke haben. Da aber alle 25 Divisionen voll mit Waffensystemen, Transportmitteln und Munition ausgerüstet sein sollten, könnte binnen kürzester Frist durch die Einberufung von Reserven ein Heer von 500 000 Mann im Feld stehen²¹.

20 S. Canby, *The Alliance and Europe: Part 4: Military Doctrine and Technology* (Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper No. 109), London 1975.

21 S. Canby, aaO., S. 20 f.

6. Die Ausrüstung der verschiedenen Einheiten müßte mehr auf ihren jeweiligen Kampfauftrag zugeschnitten werden. Besonders in dem defensiven Schachbrett könnten dadurch sowohl Kosten gespart als auch die Kampfkraft erhöht werden. Bei diesen Verbänden bietet sich besonders die Vervielfachung der Panzerabwehrwaffen unter Berücksichtigung der neuesten Technologie an. Ferngelenkte Panzerabwehr-raketen und selbststeuernde Waffensysteme (precision guided munitions, PGM)²², neue Kommunikationstechnologien und Ausrüstung für das Nachtgefecht wären dabei in erster Linie zu nennen²³.

7. In den Durchbruchzonen des Gegners ist mit besonders hohen Anfangsverlusten zu rechnen. Individueller Ausgleich von Verlusten ist nur bedingt in der Lage, die Kampfkraft von Einheiten aufrechtzuerhalten. Die NATO-Armeen sollten deshalb zu einem System des Ausgleichs von Verlusten auf der Ebene kompletter Einheiten übergehen, wie es der Warschauer Pakt schon lange praktiziert.

8. Auch die NATO-Luftwaffen bleiben von Canbys Umstrukturierungsvorschlägen nicht unberührt. Gegenwärtig sind sie auf eine Vielzahl von Aufgaben ausgerichtet und bevorzugen entsprechend kostspielige Mehrzweckflugzeuge²⁴. Canby empfiehlt die Konzentration auf die Unterstützung der Bodentruppen bei gegnerischen Durchbrüchen oder eigenen taktischen Gegenstößen durch zahlreiche Erdkampfflugzeuge und die davon abgeleitete Aufgabe der Sicherung lokaler Luftüberlegenheit. Die gegenwärtigen hohen Nutzlasten seien für die benötigten Jäger und Erdkampfflugzeuge bei der Verwendung von precision guided munitions entbehrlich. Wichtiger seien robuste Konstruktion, hohe Stückzahlen und hohe Einsatzraten.

9. Der Einsatz von taktischen Kernwaffen würde durch die Reorganisation der NATO-Verteidigung für den Warschauer Pakt nicht attraktiver, da die aufgelockerte Staffelung kleiner Einheiten für derartige Waffen weniger Angriffsflächen bietet als die gegenwärtig konzipierte mobile Verteidigung durch größere Einheiten.

10. Die Erfüllung seiner Postulate versetzte – so Canby – die NATO in die Lage, einen konventionellen Verteidigungskrieg in Mitteleuropa mit Erfolg zu führen, setzte die überlegenen Ressourcen des Westens in überlegene Kampfkraft um und sparte langfristig Kosten.

Colin Gray, der stellvertretende Direktor des Londoner Instituts für strategische Studien, geht in seinen Arbeiten ebenfalls davon aus, daß ohne Umstrukturierung der NATO-Verbände und eine Neuformulierung ihrer Verteidigungsstrategie ein massiver Angriff des Warschauer Pakts kaum zu stoppen wäre²⁵. Er vertritt überdies die Auffassung, daß ein großer Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa gar nicht nicht-nuklear bleiben könne. Die Strategie der NATO zur Abschreckung des Warschauer Pakts – und zu seiner Abwehr für den Fall, daß er

22 Zur Technologie und den militärischen Vorteilen von »Precision guided munitions« vgl. International Institute for Strategic Studies, *Strategic Survey 1974*, London 1975, S. 43–46.

23 Zwar sind fern- oder selbstgesteuerte Raketen, Bomben oder Granaten sehr viel teurer als herkömmliche Baumuster, andererseits senken sie den Munitionsverbrauch so drastisch, daß insgesamt die Kosten-Nutzen-Relation eindeutig zu ihren Gunsten spricht; vgl. die Tabelle in Canby, aaO., Anm. 80, S. 30.

24 Vgl. *Weißbuch 1973/1974*, S. 186–189.

25 C. S. Gray, »The Nuklear Connection« in: *Military Review*, 9, 1974, S. 3–13; ders., »Mini-Nukes and Strategy« in: *International Journal*, 29, 1974, S. 216–241; ders., »Rethinking Nuclear Strategy« in: *Orbis*, 17, 1974, S. 1145–1160.

sich nicht abschrecken läßt – habe dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen. Im einzelnen stellt Gray fest:

1. Ein Krieg in Mitteleuropa ist nicht per Zufall, sondern nur als großangelegter Angriff des Warschauer Pakts möglich.

2. Ein derartiger Konflikt müßte von Anfang an nuklear geführt werden. Angesichts der über 7000 taktischen Kernwaffen der NATO in Westeuropa in etwas über 100 »Munitionslagern« und der Eskalationsdrohung der NATO würde die Sowjetunion kaum auf den Verzweiflungseinsatz der westlichen taktischen Atomwaffen warten können, sondern diese Waffen so bald wie möglich auszuschalten versuchen.

3. Deshalb bedeutete es nicht die Eskalation eines potentiell konventionellen Krieges in eine nukleare Auseinandersetzung, wenn die NATO selbst im Ernstfall ihr taktisch-atomares Potential möglichst frühzeitig, massiv und grenznah einsetzte, um dem Warschauer Pakt ohne größere Verwüstung vor allem der Bundesrepublik jeden militärischen Erfolg zu verwehren.

4. Die derzeitig in Westeuropa gelagerten taktischen Kernwaffen sind für einen derartigen Einsatz auf dem nuklearen Schlachtfeld ungeeignet, da sie überwiegend zu hohe Sprengkraft mit unerwünschten Nebeneffekten besitzen²⁴. Das Konzept der »mini-nukes« (taktische Atomsprengköpfe mit einer Ladung bis etwa 2 KT TNT) in Verbindung mit neuer Fern- und Selbststeuerungstechnologie dagegen würde der Defensive die lokale Überlegenheit gegenüber einem Angreifer ohne derartige Begleitwirkungen und ohne zusätzliche Eskalationsgefahr sichern.

5. Um Präventivschläge unattraktiv zu machen, müßte das modernisierte Inventar an taktischen Kernwaffen unmittelbar bei den grenznahen NATO-Verbänden stationiert sein. Dadurch würden diese Waffen im Bedarfsfall ohne langwierige politische und organisatorische Prozeduren zur Verfügung stehen, wodurch die Abschreckung des Warschauer Pakts durch die Aussicht auf Mißerfolg einer Aggression verstärkt würde.

6. Am wirkungsvollsten wäre eine derartige Abschreckungsstrategie, wenn sie von einer neu zu schaffenden europäischen Atomstreitmacht getragen würde, da auf diese Weise die Sicherheit Westeuropas teilweise von der der Vereinigten Staaten abgekoppelt werden könnte. Für Westeuropa bedeutete das ein Ende der Unsicherheit über die Verlässlichkeit amerikanischer strategischer Abschreckungsgarantien im Kriegsfall, für die USA die Entlastung von der Notwendigkeit, die eigene Bevölkerung als Geisel für die Freiheit und Integrität Westeuropas aufs Spiel setzen zu müssen.

Einige politische Implikationen

Es ist hier nicht möglich, der Frage nachzugehen, ob die beiden hier vorgeführten Vorschläge zur Erneuerung von Bewaffnung, Organisation und Strategie der NATO-Verbände dazu angetan sind, Westeuropa tatsächlich für den Fall eines Angriffs von seiten des Warschauer Pakts zu verteidigen, und ebensowenig kann geklärt werden, ob das mit der bestehenden Konfiguration wirklich nicht möglich ist. Die Beantwortung dieser Frage durch militärischen Sachverstand ist natürlich entscheidend für das Problem der Abschreckung. Nur wenn die NATO Westeuropa wirksam verteidigen kann – und der Warschauer Pakt sich dieser Tatsache bewußt ist – ist

Abschreckung im Zeichen des strategischen Patts der Supermächte ein langfristig zuverlässiges Instrument der Friedenssicherung. Für die interessierte Öffentlichkeit ist es deshalb nicht genug, sich mit dem Hinweis auf Abschreckung durch Ungewißheit und Eskalationsoptionen sicherheitspolitisch abspesen zu lassen, auch wenn es sehr viel angenehmer ist, über die Verhinderung als über das Führen von Kriegen zu reden. Die gegenwärtige Grundlage der Abschreckung ist *nicht* unangefochten, und Alternativen werden diskutiert. Diese Alternativen haben nicht nur militärische, sondern auch innen- und außenpolitische Implikationen, die durchaus auch den militärischen Laien angehen. Überdies ist die Entscheidung darüber, ob eine bestimmte – und damit auch die gegenwärtige – Kombination von Verteidigungskapazität und -doktrin als Grundlage einer Abschreckungsstrategie für adäquat gehalten werden soll, nicht zuletzt eine *politische* Entscheidung. Um unliebsame Überraschungen zu vermeiden, empfiehlt es sich daher, Diskussionen wie die wieder-gegebene frühzeitig zur Kenntnis zu nehmen.

Die militärischen Probleme der beiden Anregungen zur Neustrukturierung der Verteidigung Westeuropas liegen auf der Hand. Beide berücksichtigen nur unzureichend den frühen und massiven Einsatz taktischer Atomwaffen durch den Angreifer²⁷. Völlig ungeklärt ist die Rolle einer möglichen Eskalation in den Bereich strategischer Kriegsführung im Zeichen der neueren Strategiediskussion in den Vereinigten Staaten über die beschränkte Fähigkeit zum ersten Schlag gegen militärische Ziele²⁸. Auch die Möglichkeit nuklearer Erpressung durch die Sowjetunion bei erfolgreicher konventioneller und/oder taktisch-atomarer Verteidigung gegen den ersten Ansturm des Warschauer Pakts wird von beiden Autoren kaum in Betracht gezogen. Ebenso bleibt unbedacht, welche Gegenstrategien der Warschauer Pakt ergreifen könnte, um die anvisierten Innovationen auf der Seite der NATO zu neutralisieren.

Besonders das Programm Colin Grays, das übrigens verblüffend an den Vorschlag aus den sechziger Jahren erinnert, die Demarkationslinie durch Deutschland mit nuklearen Sprengköpfen zu verminen, ist für derartige Einwände offen. Man muß Gray dabei allerdings zugute halten, daß er seine Konzeption notwendigerweise weit weniger detailliert vorlegen kann als Canby, dessen Vorschläge der gegenwärtigen Bündnisstruktur immanent sind. Grays westeuropäische Lösung der Sicherheitsproblematik dagegen setzt in den Grenzen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen die politische Einigung Europas voraus und ist deshalb von weit geringerer unmittelbar praktischer Relevanz. Ihre gegenwärtige Bedeutung besteht vor allem in dem Hinweis auf die unzureichende Einbindung der taktisch-atomaren Rüstung der NATO in ihre Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie. Gray unterstreicht damit die anderwärts geübte Kritik, daß das gegenwärtige taktische Atompotential in Westeuropa weniger ein Resultat militärischer Erfordernisse als technologischer Entwicklung sei, mit deren Ergebnissen die militärische Ratio oftmals wenig

27 Nicht selten findet sich in der Literatur der Hinweis, daß wohl keine Truppe der Welt so umfassend und intensiv auf den Kampf auf dem taktisch-nuklearen Gefechtsfeld vorbereitet wird wie die Sowjetarmee. Vgl. z. B. C. G. Jacobsen, *Sovjet Strategy – Soviet Foreign Policy*, Glasgow 1972, S. 60–63; S. Canby, aaO., S. 3 f.

28 Die zu Beginn der siebziger Jahre in den Vereinigten Staaten wiederaufgelebte Diskussion um »second strike assured destruction« versus »first strike option« hat ihre bislang wohl überzeugendste Analyse gefunden in W. R. Schilling, *American Arms and a Changing Europe: Dilemmas of Deterrence and Disarmament*, New York 1973.

anzufangen gewußt habe²⁹. Diese Kritik erfährt durch die Absicht der Vereinigten Staaten einige Bestätigung, in der laufenden MBFR-Runde den Abzug von 1000 atomaren Sprengköpfen aus Westeuropa anzubieten.

Von der Kritik an der gegenwärtigen taktisch-atomaren Rüstung und Strategie der NATO abgesehen, ist Grays Entwurf vor allem von theoretischem Wert. Der Gedanke, Westeuropa durch einen grenznahen Gürtel von mit miniaturisierten Atomwaffen ausgerüsteten Einheiten gegen einen Angriff aus dem Osten abzuriegeln, ist sicher faszinierend. Er entgeht der mit der Annahme der Doktrin von der »flexible response« eingehandelten Notwendigkeit der Bereitschaft zu einem großen konventionellen Krieg in Mitteleuropa, erfüllt aber die gleiche Funktion, nämlich den Warschauer Pakt durch die Verweigerung von Erfolgsaussichten von einer Aggression abzuschrecken. Überdies sichert er einen zusätzlichen Abschreckungseffekt durch die Gewißheit, daß die Vorstellung von einer nuklearen Schwelle auf der Eskalationsleiter für den mitteleuropäischen Schauplatz im Kriegsfall von vornherein bedeutungslos sein würde.

Man kann Grays Vorstellungen vom Kernwaffeneinsatz in Europa selbstverständlich durch Verweis auf ihre politischen Vorbedingungen relativieren, die um Jahrzehnte in die Zukunft deuten. Überträgt man sie jedoch sinngemäß auf das taktische Kernwaffenarsenal der Vereinigten Staaten in Europa, wird die Unzulässigkeit derartiger Verharmlosung deutlich³⁰. Es ist mithin durchaus angebracht, die militärischen und politischen Leerstellen auch in Grays Konzeption aufzusuchen. Der zentrale Punkt an der Naht zwischen militärischen und politischen Entscheidungen ist dabei das Problem von Kommando und Kontrolle der Abschreckung und Verteidigung tragenden »mini-nukes«. Ihre Stationierung bei den sie im Ernstfall einsetzenden Verbänden bedeutet eine drastische Reduktion zentraler, und das heißt politischer Kontrolle über ihre Verwendung. Gray begrüßt dies wegen der gesteigerten Abschreckungswirkung und weil »the alternative of special custodial arrangements (as at present) would be to maximize the prospect of the weapons never being made available when they would be needed militarily (for reasons of enemy preemptive action, or lack of political will)« (Hervorhebung vom Verf.)³¹. Die zum Ausgleich angebotene Ausstattung der Sprengköpfe mit modernsten elektronischen »Schlössern« ist nicht sehr überzeugend in Anbetracht des bei Durchführung von

29 Vgl. dazu J. Record, »To Nuke or Not to Nuke: A Critique of Rationales for a Tactical Nuclear Defense of Europe« in: *Military Review*, 10, 1974, S. 3–13. Ein historischer Abriss der Genesis des gegenwärtigen taktisch-atomaren Potentials der Vereinigten Staaten findet sich in P. W. Dyer, »Will Tactical Nuclear Weapons Ever Be Used?« in: *Political Science Quarterly*, 88, 1973, S. 215–223. Dyers Auffassung, daß dieses Potential keine Chance habe, im Ernstfall eingesetzt zu werden, muß man allerdings mit einiger Skepsis betrachten. Meines Erachtens überbetont Dyer die Notwendigkeit zur innerhalb der NATO konsensuellen Entscheidung zum taktischen Kernwaffeneinsatz, und er versäumt, die Konsequenzen eines taktisch-nuklearen Angriffs des Warschauer Pakts zu berücksichtigen.

30 Gray ist keineswegs der erste Verfechter einer taktisch-nuklearen Reorientierung der NATO-Strategie. Gewöhnlich aber pflegten sich derartige Vorstöße auf das taktische Kernwaffenpotential der Vereinigten Staaten in Europa zu beziehen. Vgl. W. S. Bennet, »A Credible Nuclear-Emphasis Defense for NATO« in: *Orbis*, 17, 1973, S. 463–479; W. Joshua, »A Strategic Concept for the Defense of Europe« in: *Orbis*, 17, 1973, S. 448–462, sowie als einen der ersten Vorläufer P. A. Karber, »Nuclear Weapons and Flexible Response« in: *Orbis*, 14, 1970, S. 284–297.

31 C. S. Gray, »The Nuclear Connection«, S. 12.

Grays Programm entstehenden konventionellen Vakuums auf seiten der NATO. Welche zukünftige europäische Führung könnte ihren Truppen im kritischsten Moment das einzige Instrument aus der Hand nehmen, mit dem ein erfolgreicher Abwehrkampf geführt werden könnte? Die konsequente Annahme des »tactical-nuclear-emphasis« bedeutet also eine Entscheidung zur Aufgabe von Selbstkontrolle, eine Entscheidung zur partiellen Entscheidungsunfähigkeit. Ob diese Option im Bewußtsein der Betroffenen von der Kahnschen »Doomsday-machine« unterschieden werden kann, darf bezweifelt werden.

Im Vergleich zu dem Vorschlag Grays klingt das Programm Canbys ausgesprochen realistisch und wenig ambitiös. Zu einem gewissen Teil können seine Thesen als – zumindest theoretisch – in der NATO akzeptiert gelten. Dies gilt besonders für die Truppenstruktur, wo die Bundeswehr durch die neue Wehrstruktur einige winzige Schritte auf dem von Canby vorgezeichneten Weg unternimmt³² und sich dafür den Ruf des Musterknaben im nordatlantischen Bündnis eingehandelt hat. Anders sieht es mit der ebenfalls relativ kostenneutralen Stationierung oder gar der Ausrüstung der NATO-Streitkräfte aus. Bei der Stationierung besonders der verbündeten NATO-Verbände in der Bundesrepublik kann von einer Eignung zum raschen Gegenstoß gegen einen blitzkriegartigen Angriff aus dem Osten kaum die Rede sein. Auch die gegenwärtigen Rüstungsprogramme der meisten NATO-Staaten haben mit Canbys Vorstellungen nicht allzuviel gemein. Der Versuch, in diesem letzteren Punkt Abhilfe zu schaffen, dürfte deshalb recht bald die politischen Komplikationen einer umfassenden Neustrukturierung der Verteidigungskonzeption der NATO offenlegen, die sich beiden hier diskutierten Entwürfen entgegenstellen würden.

Als eher organisationsimmanentes und dadurch hier weniger relevantes Problem kann dabei der aus den Reihen der professionellen Militärs selbst zu erwartende Widerstand aufgefaßt werden, der selbstredend bei Grays Vorstellungen noch weit-aus stärker sein dürfte als bei denen Canbys. Einerseits stehen und fallen – zumindest in der Wahrnehmung der Betroffenen – Karriere- und Aufstiegschancen und die professionelle Selbstachtung im militärischen Bereich mit dem gegenwärtigen Sicherheitsinstrumentarium der NATO. Andererseits wird genau dieses Sicherheitsinstrumentarium von Canby und Gray in Zweifel gezogen und als obsolet und in letzter Konsequenz unwirksam charakterisiert. Angesichts der zumindest in oberflächlicher Sicht erfolgreichen Friedenssicherung durch das Abschreckungssystem in seiner gegenwärtigen Form wäre es mithin unangebracht, militärische Widerstände gegen das eine oder andere Organisationsmodell einfach als Ausdruck des Beharrungsvermögens der etablierten Militärapparate abzutun. Wichtiger allerdings sind an dieser Stelle die politisch relevanten Implikationen der beiden Modelle.

Wenn Konzeptionen wie die Canbys und Grays in einer Zeit vorgelegt werden, die einerseits von ökonomischer Rezession und dem Zwang zu Einsparungen in den öffentlichen Haushalten, andererseits durch Bemühungen um Entspannung und Rüstungskontrolle, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gekennzeichnet ist, dann darf dieses politisch-ökonomische Umfeld nicht außer acht bleiben. Wenden wir uns zunächst dem ersten Komplex zu.

Beide Autoren beanspruchen, ihre Lösung der Sicherheitsproblematik sei nicht nur besser, sondern auch billiger als die gegenwärtige Rüstungspolitik. Diesen Anspruch wird man mit großer Vorsicht zur Kenntnis nehmen müssen, Überschlägige Kosten-

rechnungen legt nur Canby vor³³. In diesen Berechnungen läßt er allerdings drei große Posten außer acht. Zum ersten müßte beim Übergang zu einer höheren Anzahl von zum Teil gekaderten kleineren Divisionen mit gesteigertem Anteil von Kampftruppen die entsprechende Munition beschafft werden. Zweitens müßte eine ganze Reihe derzeitig laufender Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme entweder modifiziert oder gar abgebrochen und abgeschrieen werden. Für das britisch-italienisch-deutsche Gemeinschaftsprojekt MRCA beispielsweise wäre in einer Luftwaffe nach Canbys Vorstellungen kein Platz. Schließlich versäumt er, Auskunft über die finanziellen Größenordnungen der Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben zu geben, die durch seine Forderung nach Ergänzung der neuen Truppenstruktur durch eine der umformulierten Aufgabenstellung entsprechende Ausrüstung der NATO-Heere und -Luftwaffen erforderlich würden. Das Urteil eines Experten lautet denn auch: "The 'complete' conventional capability would be a low-risk, high-cost force, it would go far beyond what the NATO-nations have shown themselves willing, through the budgets they vote and the forces they support, to maintain."³⁴

In einer sehr langfristigen Perspektive mag die Gleichsetzung von »conventional emphasis« und »high-cost force« im obigen Zitat anfechtbar sein. Politisch entscheidend dürfte sich allerdings auswirken, daß die rasche Implementierung von Canbys Konzeption kurz- und mittelfristig eine Umkehr der gegenwärtigen Tendenz zur Stagnation oder gar Kürzung der Verteidigungsetats in Westeuropa voraussetzt. Die Bereitschaft hierzu ist nirgends zu beobachten. Erwarten kann man also allenfalls eine Politik sehr kleiner, möglichst kostenneutraler Schritte, um durch Umstrukturierung die konventionelle Schlagkraft der NATO zu heben. In welchem Umfang die Truppen der Verbündeten dabei mit der Bundeswehr mitziehen, läßt sich kaum absehen. Vor allem in den Vereinigten Staaten ist die Diskussion um »general purpose forces« versus Spezialisierung für den europäischen Schauplatz noch längst nicht abgeschlossen.

Am allerwenigsten Realisierungschancen hat Canbys Entwurf im Bereich der NATO-Luftwaffe, auf deren Integration in dem Gesamtentwurf er aber besonderen Wert legt. Auf diesem Sektor haben die größeren westeuropäischen NATO-Staaten seit der Mitte der sechziger Jahre im Rahmen der umfassenden Aufgabendefinition³⁵ durch »flexible response« massive Versuche unternommen, dem amerikanischen Monopol in Entwicklung und Produktion von Kampfflugzeugen zu entgegen³⁶. Wegen des Nachholbedarfs der einschlägigen Industrie in Europa waren und sind diese Bemühungen äußerst kostspielig. Eine Umorientierung der NATO-Luftwaffe in Aufgabenstellung und Ausrüstung, wie sie Canby im Sinn hat, würde dazu führen, daß die Luftfahrtindustrien vor allem der Bundesrepublik und Italiens in ihrem Bemühen, zu internationalen Standards aufzuschließen, um Jahre zurückgeworfen würden. Ein guter Teil der bislang getätigten Investitionen, vor allem für das

33 Für die durch die Neustrukturierung der NATO-Heere erforderlichen Neubeschaffungen von militärischem Material gibt Canby eine finanzielle Obergrenze von etwa 9,15 Milliarden US-Dollar an; vgl. S. Canby, aaO., Anm. 69, S. 22.

34 A. J. Goodpaster, aaO., S. 14.

35 Vgl. *Weißbuch 1973/1974*, S. 186–188.

36 Der – wohl unerwünschte – Nebeneffekt dieser Anstrengungen ist, daß die Standardisierung der Luftwaffensysteme im Rahmen der NATO heute geringer ist als etwa vor zehn Jahren. Vgl. R. Facer, *The Alliance and Europe: Part III: Weapons Procurement in Europe – Capabilities and Choices* (Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper No. 108), London 1975, S. 5–8.

MRCA-Projekt, müßte abgeschrieben werden³⁷. In Anbetracht der langen Entwicklungszeiten für hochkomplexe Waffensysteme und der Situation der westlichen Verteidigungssetzts käme zur Realisierung von Canbys Strategie wohl nur der Rückgriff auf amerikanische Flugzeuge »von der Stange« in Frage, also die Rückkehr zur Standardisierung durch »buy American«. Politische Erfolgsaussichten können ihr unter diesem Aspekt schwerlich zugesprochen werden.

Colin Gray, so hat man den Eindruck, glaubt zumindest derzeit selbst nicht so recht an die Realisierbarkeit seiner Konzeption, denn er macht sich nicht die Mühe, wenigstens ein paar ganz grobe Zahlen zu ihren wahrscheinlichen Kosten zu nennen. Es ist hier nicht der Ort, derartige detaillierte Kostenrechnungen nachzutragen. Ganz allgemein wird man aber sagen können, daß Grays »tactical-nuclear-emphasis« bei der gegenwärtigen Struktur der NATO kein unüberwindbares finanzielles Hindernis darstellen würde, da die Vereinigten Staaten mit ihrem waffentechnologischen »know-how« die entsprechenden Sprengköpfe und Trägersysteme vergleichsweise schnell und kostengünstig zur Einsatzbereitschaft bringen könnten. Wenn diese neuen Systeme aber, wie Gray bisweilen andeutet, in eine Umstrukturierung zumindest der NATO-Heere in etwa nach Canbys Vorstellungen eingebunden werden sollten³⁸, dann müßten die dadurch entstehenden und oben detaillierten Kosten ebenfalls berücksichtigt werden.

Als eigenständig europäische Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie allerdings bedeutete Grays Entwurf ein überaus kostspieliges Unterfangen, wenn nicht in den Vereinigten Staaten »von der Stange« gekauft werden soll. Die gegenwärtigen Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten in Westeuropa sind denen der USA sowohl quantitativ wie qualitativ bei weitem unterlegen. Das gilt für die prospektiven Trägersysteme von »mini-nukes«, noch mehr aber für diese atomaren Sprengköpfe selbst³⁹. Die westeuropäischen Atomkräfte, Frankreich und Großbritannien, besitzen keine Erfahrungen in der Miniaturisierung taktischer Kernwaffen⁴⁰. Diesen Rückstand bis hin zur erforderlichen Massenproduktion aufzuholen, würde trotz des einschlägigen Forschungspotentials der beiden genannten Länder nur über längere Zeiträume hinweg und unter Einsatz beträchtlicher Investi-

37 Aus gutem Grund mißt Canby den in naher Zukunft anstehenden Entscheidungen über die Neuausrüstung der NATO-Luftwaffen besondere Bedeutung zu, da sie politisch auch die Entscheidung über seine Konzeption zum Ausdruck bringen werden. »Impending decisions on aircraft replacement are therefore particularly crucial at this time; aircraft designed for dated missions should not be bought as they would lock NATO into an undesirable tactical air posture for the next decade.« S. Canby, aaO., Anm. 102, S. 41.

38 C. S. Gray, »Mini-Nukes and Strategy«, S. 240.

39 Einen Überblick über die bei den NATO-Armeen im Einsatz befindlichen Träger taktischer Kernwaffen gibt T. Cliffe, *Military Technology and the European Balance* (Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper No. 89), London 1972, Anhang C, S. 35 f. Mit Ausnahme der französischen »Pluton« sind alle diese Systeme amerikanischen Ursprungs. Grays Vorstellungen vom taktisch-atomaren Einsatz am nächsten kommen die amerikanische »Lance«-Rakete sowie 155-mm- und 203-mm-Haubitzen.

40 Die technischen Anforderungen an »mini-nukes« sind zusammengefaßt in T. Cliffe, aaO., S. 6 f. Der für europäische Verhältnisse am stärksten »miniaturisierte« Sprengkopf der französischen »Pluton« hat immerhin noch eine Ladung zwischen 10 und 20 KT (vgl. *Jane's All the World's Aircraft 1971-1972*, S. 529). Das entspricht etwa der Hiroshima-Bombe.

tionen möglich sein⁴¹. Von einer Verbilligung der Verteidigungsanstrengungen Westeuropas durch gesteigerten Rückgriff auf taktische Kernwaffen kann deshalb kurz- und mittelfristig nicht die Rede sein.

Was nun den zweiten Aspekt der gegenwärtigen politischen Landschaft, nämlich die Bemühungen um Ost-West-Entspannung und Rüstungskontrolle angeht, so ist vor allem das Verhältnis der beiden Entwürfe von Gray und Canby zu den derzeitigen Gesprächen über beiderseitigen Truppenabbau (MBFR) interessant⁴². Zunächst muß man feststellen, daß beide äußerlich M(B)FR-konform sind: In den M(B)FR-Gesprächen wurde über taktische Atomwaffen bisher nicht verhandelt; ein angeblicher westlicher Vorschlag über den Tausch von 1000 amerikanischen Kernwaffen gegen den Abzug einiger sowjetischer Panzerdivisionen aus der DDR ist erst noch zu formulieren. Aber selbst wenn die Zahl der taktischen Atomsprengköpfe der NATO nach oben begrenzt würde, wäre das »mini-nuke«-Konzept durch Ablösung veralteter Waffensysteme realisierbar. Canby andererseits fordert eine umfassende Neustrukturierung der NATO-Truppen, läßt aber eine zentrale Größe intakt, nämlich den Bestand an aktiven Soldaten. Genau um diesen jedoch ging es in den zurückliegenden Runden der M(B)FR-Gespräche. Insofern würde in oberflächlicher Sicht die vollständige Realisierung der beiden Vorschläge Canbys oder Grays vor einem Erfolg in M(B)FR die Grundlage dieser Verhandlungen unverändert lassen.

Man darf jedoch nicht übersehen, daß sowohl Canby als auch Gray explizit auf eine beträchtliche Steigerung der Kampfkraft und Verteidigungsfähigkeit der NATO abzielen. Ihre Vorstellungen sind deshalb als Komplement zu den Gesprächen über beiderseitigen Truppenabbau anzusehen, die von der NATO in der Absicht angeregt wurden, ihre militärische Unterlegenheit auf dem Verhandlungsweg zumindest teilweise auszugleichen⁴³. Canby und Gray geben der NATO Optionen für ein militärisches Gleichgewicht mit dem Warschauer Pakt für den Fall an die Hand, daß letzterer sich militärische Vorteile nicht abhandeln läßt. Sollte überdies noch ein Erfolg in M(B)FR erzielt werden, wären Truppenreduktionen durch eine Verstärkung des Kaderprinzips für die NATO weit leichter zu verkraften als bei der derzeitigen Truppenstruktur⁴⁴. Der Versuch, die militärische Unterlegenheit der NATO mit oder ohne Vereinbarung über beiderseitigen Truppenabbau in ein Kräftegleichgewicht zu überführen, ja möglicherweise sogar noch zusätzlich von einer Abmachung

41 Die Optionen Westeuropas, sich ein *strategisches* Abschreckungspotential zuzulegen, und die damit verbundenen enormen Kosten sind im Detail analysiert in G. Kemp, *Nuclear Forces for Medium Powers, Part II and III: Strategic Requirements and Options* (Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper No. 107), London 1974. Leider existiert keine vergleichbare Studie zur taktisch-atomaren Rüstung einer prospektiven westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft.

42 Im angelsächsischen Sprachraum hat sich das Akronym MFR (Mutual Force Reductions) inzwischen durchgesetzt. Das Weißbuch der Bundesregierung dagegen hält an »MBFR« fest.

43 Vgl. C. Bertram, *Mutual Force Reductions in Europe: The Political Aspects* (Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper No. 84), London 1972, S. 18–23.

44 Neben konventioneller Parität lautet denn auch das wichtigste Argument Canbys für seinen Vorschlag, daß Kürzungen aufgrund von M(B)FR-Vereinbarungen von umstrukturierten NATO-Streitkräften leichter verkraftet werden könnten. Vgl. S. Canby, aaO., S. 18 f., und Canbys Beitrag in dem Sammelband von R. Komer (H.), *Restructuring NATO Forces to Compensate for MBFR*, Santa Monica 1973. Siehe ferner K. Hunt, *The Alliance and Europe, Part II: Defence With Fewer Men* (Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper No. 98), London 1973, S. 26–29.

über asymmetrische Truppenreduktionen zu profitieren, bedeutete im Erfolgsfall natürlich, daß die ursprünglichen Absichten der NATO in den Wiener Verhandlungen gegenstandslos wären. Ihr Sinn für die NATO könnte nur noch darin bestehen, das aus eigener Anstrengung erreichte Kräftegleichgewicht zu geringeren Kosten aufrechtzuerhalten.

Sollte die NATO ihren eigenen ursprünglichen Verhandlungsansatz durch größere Schritte zur Umstrukturierung ihrer Truppen in Europa auf die eine oder andere hier besprochene Art selbst unterlaufen, könnte dies natürlich nicht ohne Folgen für den Verhandlungspartner bleiben. Die gegenwärtige Verhandlungsstrategie der Sowjetunion für M(B)FR zielt darauf ab, das für sie günstige Kräfteverhältnis in Europa durch eine beiderseitige Ausdünnung der Truppen billiger beibehalten zu können. Bei einem Kräftegleichgewicht in Mitteleuropa aber würde diese Strategie gegenstandslos, ja – vom Standpunkt der Sowjetunion aus – sogar dysfunktional. Kostenersparnisse durch Truppenreduktion würden es nämlich der NATO erleichtern, das von Canby und Gray anvisierte Gleichgewicht herzustellen und zu erhalten. Beim derzeitigen Umfang der Streitkräfte dagegen bestünde für die Sowjetunion die reelle Aussicht, daß die NATO aus den oben dargelegten Kostengründen das Ziel von selbst aufgeben muß, einen militärischen Gleichstand anzusteuern. Haben die europäischen NATO-Staaten doch schon jetzt und ohne größere Umstrukturierung ihrer Truppen Schwierigkeiten, im Umfang ihrer Rüstungsanstrengungen dem vom Bündnis gesetzten Rahmen gerecht zu werden. Sollten sich also jemals die Zeichen mehren, daß die von Canby und Gray erhobene Forderung nach militärischem Gleichgewicht in Europa in der politischen Arena der NATO-Staaten Anklang findet, müßten die Tage der M(B)FR-Verhandlungen wohl als gezählt gelten, da der Warschauer Pakt in ihnen nichts mehr zu holen hätte, was er nicht ohne sie um so sicherer bekommen könnte, nämlich die Zementierung seiner militärischen Überlegenheit⁴⁵.

Für die sicherheitspolitische Diskussion in der NATO und besonders in der Bundesrepublik als ihrer wichtigsten Stütze in Europa folgt daraus: Sollte die NATO den Versuch unternehmen, die vorhandenen Ansätze zur Rüstungskontrolle auf dem europäischen Kontinent in ein Konzept zur massiven Umverteilung der militärischen Gewichte à la Canby oder à la Gray einzubauen, dann wird es höchstwahrscheinlich keine Rüstungskontrollvereinbarungen geben. Die Leidtragenden wären die Staaten Westeuropas, besonders die Bundesrepublik. Westdeutschland kann nicht ewig die schwindende Opferbereitschaft der anderen Verbündeten auffangen, schon gar nicht, wenn die gegenwärtige ökonomische Krise länger anhalten und schließlich doch dazu zwingen sollte, eben auch an der Rüstung zu sparen. Die Alternative zu raschen Rüstungskontrollabkommen ist ökonomisch erzwungene einseitige Zurückhaltung des Westens ohne Aussicht auf Gegenleistungen.

Bemühungen um beiderseitige Abrüstung sind also das politische und ökonomische Gebot der Stunde. Aussichten auf Erfolg werden sie allerdings wahrscheinlich nur bei

45 Wegen der desolaten Wirtschaftslage in Westeuropa und der relativen Unempfindlichkeit der Sowjetunion gegenüber der Belastung durch Militärausgaben ist sie es heute in Europa, die ihr Potential gegenüber unerwünschten Rüstungsanstrengungen der Kontrahenten ausspielen kann. Dies haben sich diejenigen wohl kaum träumen lassen, die auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges rieten, die Sowjetunion durch massives »outspending« von der Nutzlosigkeit ihrer Versuche zum strategischen Anschluß zu überzeugen; vgl. T. C. Schelling, »Managing the Arms Race« in: D. M. Abshire (H.), *National Security: Political, Military, and Economic Strategies in the Decade Ahead*, New York 1963, S. 601–616.

Verzicht auf die Realisierung von »grand designs« im Stile Canbys und Grays haben. Einige ihrer Details, wie z. B. kleinere Reformen der Wehrstruktur, sind sicher akzeptabel und auch mit derartigen Abrüstungsanstrengungen vereinbar. Derartiges Stückwerk allerdings führt weder zu »conventional comparability« noch zu »nuclear stopping power« der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt. Es mag wohl sein, daß der Status quo keine allzu günstige Ausgangsbasis ist, um einen Angriff des Warschauer Pakts zurückzuschlagen. Dann aber hat der Warschauer Pakt durch den Verzicht auf die Ausnützung dieses Ungleichgewichts doch Anlaß zu dem Verdacht gegeben, daß seine Intentionen vielleicht nicht ganz so aggressiv sind, wie Verfechter der »worst case analysis« gerne annehmen. Warum sollte es dem Westen dann nicht möglich sein, über ausgewogene Reduktion von Truppen von der gegenwärtigen Konfiguration von Streitkräften, Bewaffnung und Doktrin aus zu verhandeln und auf diese Weise das Sicherheitsproblem Westeuropas anzugehen? Unter Kostengesichtspunkten ist diese Variante allemal am günstigsten.

Vieles spricht dafür, daß diese zuletzt empfohlene Strategie, M(B)FR auf der Basis der vorhandenen Kombination von Rüstung und Doktrinen anzugehen, in der Tat größere Chancen hat, verfolgt zu werden, als die Empfehlungen Grays und Canbys. Dafür dürfte eine ganze Reihe von Faktoren ausschlaggebend sein, von denen die zwei vielleicht wichtigsten oben ausführlicher behandelt wurden. Neben Kostenerwägungen und dem Bedürfnis, in absehbarer Zeit ein akzeptables Resultat auf dem Felde der Truppenreduktion zu erzielen, spielen sicher auch die atomare Allergie vieler europäischer Führungen, das Beharrungsvermögen der etablierten Militärapparate sowie die speziell durch Canbys Vorstellungen implizierte Notwendigkeit gesteigerter Militarisierung eine Rolle dabei, daß die Zahl der Liebhaber der Thesen Canbys oder Grays in Westeuropa nicht Legion werden dürfte. Durch die Existenz der erwähnten und durchaus rationalen politisch-ökonomischen Argumente gegen eine Annahme dieser Thesen durch die Sicherheitspolitik in den Staaten der NATO sollte man sich jedoch nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß ihr politisches Schicksal hauptsächlich durch die fast allen westeuropäischen Führungen gemeinsame Aversion gegen ihre Betonung von »warfighting capabilities« besiegelt werden wird.

Nirgends wird diese Aversion deutlicher als in der transatlantischen Strategiediskussion der sechziger Jahre und den darauf begründeten militärischen Konzeptionen. Es dauerte Jahre, bis die NATO sich »flexible response« zu eigen machte; ihre militärischen Verbände werden der neuen Strategie bis heute nicht gerecht. Die Strategie der NATO und ihre divergierenden Interpretationen entspringen eher bündnispolitischen Differenzen als militärischen Notwendigkeiten. Die europäischen NATO-Partner sehen in »flexible response« eine Kombination von so viel Verteidigungsbereitschaft wie unbedingt nötig, um den Konnex zur Eskalationsleiter glaubhaft zu machen, mit so viel Komponenten der Abschreckung wie möglich. Die Vereinigten Staaten gewichten umgekehrt. Sie fordern von den westeuropäischen Alliierten so viel Verteidigungsbereitschaft wie möglich und wollen nicht mehr Abschreckung, als zum Rückhalt der Verteidigung unbedingt erforderlich ist, beisteuern. Wie anders wäre es sonst möglich, daß so gegensätzliche Konzeptionen wie die Grays und Canbys als Variationen ein und derselben NATO-Strategie vorgeführt werden. Canby argumentiert definitiv von jenseits des Atlantik, wenn er die NATO instand setzen will, einen Aggressor zurückzuschlagen, ohne einen einzigen nuklearen Gefechtskopf einzusetzen. Gray andererseits verbindet mit der von ihm angeregten

Fähigkeit zur taktisch-nuklearen Verteidigung die typisch europäische Abschreckungsvorstellung von einem möglichst frühzeitigen atomaren »Schuß vor den Bug« des Gegners.

Diesseits des Atlantik werden Konzeptionen wie die hier behandelten durch den Primat der Politik über rein militärstrategische Erwägungen zur Strecke gebracht oder doch bis zur Unkenntlichkeit entschärft werden. Man mag das mit Gray als gefährlich irrational beklagen und darauf verweisen, daß nur eine Strategie und eine davon abgeleitete Rüstungspolitik von erwiesener militärischer Effektivität ihre politische Funktion langfristig erfüllen können. Theoretisch ist es sicher richtig, daß nicht die schiere Existenz von Streitkräften allein friedenssichernd wirkt. Dieser theoretischen Erkenntnis stehen allerdings die positiven Erfahrungen mit einer derartigen »irrationalen« Strategie gegenüber, die erfolgreich darauf vertraut hat, daß ein ebenso »irrationaler« Gegner die in jeder Drohung inhärente Unsicherheit nicht ausloten würde, sei es mangels aggressiver Intentionen oder mangels klarer Erfolgsaussichten⁴⁶.

Wie dem auch sei: Mit ihrer überzogenen Betonung der Verteidigungskomponente in der NATO-Sicherheitsmischung aus Abschreckung und Verteidigung werden Canbys und Grays Vorstellungen in ihrer reinen Form sich in Westeuropa kaum durchsetzen können. In Anbetracht ihrer oben aufgezeigten politischen Implikationen kann dieser Gedanke nur als beruhigend empfunden werden.

Diese Zurückweisung rechtfertigt jedoch nicht den auffälligen Mangel an vergleichbaren strategischen Debatten in der Bundesrepublik. Man macht es sich hierzulande zu einfach, wenn man Amerikaner, Engländer und Franzosen für sich denken läßt, um deren strategischen Konzeptionen dann mit einem halben Jahrzehnt Abstand hinterherzuhinken. Es ist ausgesprochen sinnvoll, von Zeit zu Zeit die vor allem in der Bundesrepublik meist verdrängte Einsicht vor Augen zu führen, daß Abschreckung in Europa – im Gegensatz zur Abschreckung auf der Ebene strategischer Atomwaffen – in der Theorie nur glaubhaft sein kann, wenn die NATO willens und in der Lage ist, einen Krieg in Europa als Antwort auf eine Aggression durchzuführen und nach ihren Kriterien zu gewinnen. Nur dann, so wiederum die Theorie, wird das wahrscheinliche Resultat für einen potentiellen Angreifer kalkulierbar unerträglich. Eine periodische Überprüfung von Streitkräften und Doktrinen auf die Erfüllung dieser Voraussetzung in aller Öffentlichkeit und eine breite Diskussion der Alternativen ist sicher notwendig, solange das Abschreckungssystem nicht durch

46 In einem hochinteressanten neuen Beitrag zur Abschreckungstheorie argumentiert Steinbruner, daß es im Bereich strategischer Abschreckung heutzutage und bei den erreichten Rüstungsständen nicht mehr auf den genauen Umfang der beiderseitigen Rüstungen ankomme. Vielmehr sei in Anbetracht beschränkter Wahrnehmungs- und Differenzierungsfähigkeit der politischen Entscheidungsträger auf beiden Seiten davon auszugehen, daß oberhalb einer gewissen Schwelle die Drohung des Gegners unabhängig von ihrem genauen Umfang als unakzeptabel erscheint. Vgl. J. Steinbruner, »Beyond Rational Deterrence: The Struggle for New Directions« (erscheint demnächst in *World Politics*). Sollte sich diese Argumentation auf die Ost-West-Konfrontation in Europa übertragen lassen, würde ein großer Teil der von Canby und Gray an der Sicherheitspolitik der NATO geübten Kritik hinfällig. Für Abschreckung von Übergriffen des Warschauer Pakts wäre dann nicht die Fähigkeit erforderlich, einen derartigen Angriff zurückzuschlagen, sondern nur die Fähigkeit, die Erfolgsaussichten eines derartigen Angriffs als hinreichend unklar erscheinen zu lassen.

dauerhaftere und ungefährlichere Instrumente zur Friedenssicherung ersetzt ist. Ebenso notwendig ist es auch, die Anwendbarkeit des theoretischen Abschreckungskalküls auf die Konfrontation in Europa kritisch zu überprüfen. Denkanstöße zu einer derartigen Bestandsaufnahme gegeben zu haben, ist das große Verdienst der beiden hier diskutierten Entwürfe, die in ihrer Zustandsbeschreibung wie ihren Vorschlägen zur Reform ganz bewußt provozieren.